

Betreff:
Zombie-Resilienzplan Braunschweig

Empfänger:
Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:
10.06.2026

Beratungsfolge:	Sitzungstermin	Status
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	17.06.2026	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	30.06.2026	Ö

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Braunschweig möge beschließen, einen kommunalen Aktionsplan zur Vorbereitung auf eine mögliche Zombie-Apokalypse im Stadtgebiet zu entwickeln.

Die Verwaltung wird beauftragt, einen „Zombie-Resilienzplan Braunschweig (ZRP-BS)“ zu erarbeiten. Ziel ist es, die Stadtgesellschaft widerstandsfähiger gegenüber der Ausbreitung untoter Strukturen zu machen und eine dauerhafte Verdrängung lebendiger Stadtgesellschaft aus öffentlichen Räumen zu verhindern.

Der Plan soll insbesondere folgende Punkte umfassen:

a) Identifikation besonders gefährdeter Bereiche sowie Unterstützung lokaler Initiativen zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Widerstandsfähigkeit gegenüber zombihaften Ausbreitungsphänomenen und menschenfeindlicher Untotenpropaganda.

b) Einrichtung von „Safe Zones“ in städtischen Einrichtungen – Orte für Schutz, Austausch sowie gegenseitige Unterstützung. Zum Beispiel Bibliotheken, Theater und Museen, Volkshochschule etc.

c) Aufklärung der Bevölkerung zum Verhalten bei schlurfenden Bedrohungslagen, insbesondere unter dem Leitsatz: „Nicht mitmarschieren.“ Ergänzend sollen hierfür geeignete Werkzeuge zur Verfügung gestellt werden, insbesondere Geschichtsbücher sowie das Grundgesetz. Weiterhin sollten einschlägige Werke wie „The White Zombie“, „Die Nacht der lebenden Toten“, „World War Z“, „Dead Snow“, „The Walking Dead“, „28 Days Later“ etc. zur Verfügung gestellt werden.

d) Prüfung einer dauerhaften organisatorischen Verankerung des Themas innerhalb der Stadtverwaltung zur Sicherstellung kontinuierlicher Beobachtung und Reaktionsfähigkeit mit dem Ziel der Stärkung einer Stadtgesellschaft, die nicht nur auf äußere Krisen reagieren kann, sondern auch auf jene leisen Verschiebungen, die eine gesellschaftliche Lebendigkeit durch eine Wut-Infektion beeinträchtigen können.

Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, zu prüfen, ob ein regelmäßiger „Braunschweiger Zombie-Index“ zur Beobachtung der Lageentwicklung sinnvoll und als Instrument zur frühzeitigen Erkennung entsprechender fauliger Dynamiken geeignet ist. Der Index könnte insbesondere Entwicklungen wie zunehmendes Mitlaufen, Verrohung, soziale Entkopplung, nachlassende Empathiefähigkeit sowie eine wachsende Faktenresistenz berücksichtigen.

e) Die Verwaltung wird beauftragt, die Notwendigkeit einer satzungsrechtlichen Verankerung des Zombie-Resilienzplans Braunschweig (ZRP-BS) zu prüfen und dem Rat gegebenenfalls einen entsprechenden Satzungsentwurf vorzulegen.

f) Für die Umsetzung der Maßnahmen werden im Haushalt der Stadt Braunschweig die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt. Die Verwaltung legt hierzu einen Finanzierungsvorschlag vor.

Sachverhalt:

In verschiedenen Teilen der Gesellschaft ist eine zunehmende Verbreitung menschenfeindlicher Ideologien und zombiehafter Gruppendynamiken zu beobachten. Dabei kommt es vermehrt zu Entmenschlichung, dem Verlust von Kritikfähigkeit und Selbstreflexion, ansteckenden Gruppendynamiken, gedankenloser Nachahmung sowie der Auflösung sozialer Bindungen. In der Folge entstehen Zustände, in denen eigenständiges Denken zunehmend in den Hintergrund tritt, reflexhafte Reaktionen dominieren und andere Menschen nicht mehr als Individuen, sondern als bloße Objekte wahrgenommen werden.

Insbesondere dort, wo Zombies versuchen, öffentliche Räume dauerhaft zu besetzen und sich infektiös epidemisch auszubreiten, braucht es eine wehrhafte Stadtgesellschaft, klare Gegenstrategien und starke zivilgesellschaftliche Strukturen.

Mit diesem Aktionsplan setzt die Stadt Braunschweig ein nachhaltiges Zeichen für Lebendigkeit, Vielfalt und aktives Mitdenken.

Anlage/n:

keine